

!Jargon

Das Mitteilungsblatt der Jungen Alternative JA! (Junge Grüne Stadt Bern)

Nr. 3 / September 2022

Liebe*r Leser*in

Sparen ist ein Thema, über welches ich in meinen Leben immer wieder stolpere. Vor einer Woche erzählte mir unsere Stadträtin Anna, dass sie begonnen hat sich politisch zu engagieren, als der Kanton 2015 in der Bildung finanzielle Ressourcen strich. Ich erinnere mich auch: Mit vielen jungen Gymnasiast*innen ging ich damals vors Rathaus.

Ein Budget, gerechnet ohne Konsequenzen

In der diesjährigen Budgetdebatte im Stadtrat war Sparen auch wieder Thema Nr. 1, das überall mit-schwang. Ob beim Antrag, der fordert, dass das städtische Personal keinen Teuerungsausgleich bekommen soll, oder beim Stellenabbau bei der Quartierplanung. Ja keine Schulden sollen angehäuft werden. Nachhaltig die finanziellen Ressourcen managen und den Gürtel enger schnallen, ist ja schön und gut. Ich frage mich aber, wohin die Sparlogik führt, wenn nie über deren Konsequenzen geredet wird. Denn sparen kostet uns was!

Was nützt es, ein Klimareglement als Gemeinde zu haben, wenn es an Personal mangelt für die Umsetzung? Von wem sollen Massnahmen für einen effektiven Klimaschutz und -anpassung in der Stadt umgesetzt werden, wenn bei den Lohnausgaben gespart wird? Dann bleibt schlussendlich nichts übrig, als ein schönes Vorzeigepapier, dass sich gut auf der Webseite präsentiert. Und die Belastung der Angestellten, nimmt mit höheren und häufigeren Hitzetagen und einer grösseren Arbeitslast pro Person, auch nicht ab.

Die Konsequenzen des einmalig Weggesparten wieder gerade zu biegen, schlägt in den meisten Fällen mehr aufs Portemonnaie und die Lebensqualität der Betroffenen, als wenn diese schon im vornerein eingerechnet worden wäre. Ein Beispiel: Gleich ums Eck von mir liegt der Ansermet-Platz beim Gäbelbach. 2007 wurde der dreieckige asphaltierte Platz fertiggestellt. Während vielen Jahren eine wahre Betonwüste, bis 2021 auf Initiative lokaler Quartiervereine und Anwohnenden Mikroklimamassnahmen im Nachhinein umgesetzt wurden. Die während der Baustelle bereits offene Fläche, wurde teilweise wieder entsiegelt und ein Baum gepflanzt. Die Betonwüste der letzten Jahre wurde so nachträglich in einen Ort mit einer höheren Aufenthaltsqualität verwandelt. Wäre es nicht gewinnbringender gewesen, dies bereits beim Erstellen des Platzes getan zu haben, als erst jetzt, wo die Hitze für die Platznutzenden bereits spürbar war und der Platz während Jahren nicht genutzt wurde?

Das städtische Budget, das für 2023 erstellt wurde, rechnet sich. Schulden sind minimier, hier und dort wird gespart. Der Rotstift wurde gezückt. Doch hätte es sich auch gerechnet, wenn die Lebensqualität und das Wohlbefinden der zukünftigen Generationen das Thema Nr. 1 in der Budgetdebatte gewesen wäre? (von Nora Joos)

Klimarat statt Ständerat!

von Elia Gerber

Der Ständerat hat Reformbedarf. Schon seit der Entstehung der modernen Schweiz im Jahre 1848 sitzen im Ständerat mehrheitlich bürgerliche, alte, deutschsprachige und katholische Männer.



Bildunterschrift: Der altherwürdige Ständeratssaal muss nicht unbedingt einen veralteten, reformbedürftigen Ständerat beheimaten, sondern könnte der Saal eines zukunftsgerichteten Klimarat werden.

Der Ständerat hat ein Repräsentationsdefizit. Mitte-rechts (Die Mitte und FDP) verfügen über eine Mehrheit der Sitze, auch wenn diese beiden Parteien zusammen nicht einmal 30% Unterstützung in der Wahlbevölkerung geniessen. Des Weiteren sitzen im 46-köpfigen Ständerat nur gerade 13 Frauen, um die Geschlechterverteilung in der Bevölkerung abzubilden, müssten es fast doppelt so viele sein. Auch alterstechnisch ist der Ständerat ganz anders zusammengesetzt als die Bevölkerung der Schweiz. Nur knappe zehn Prozent der Ständerät*innen sind jünger als 40, während die unter 40-jährigen in der Gesamtbevölkerung fast die Hälfte ausmachen. Auch Senior*innen sind im Ständerat untervertreten, 6.5 Prozent der Mitglieder des Ständerats sind über 64 Jahre alt, während in der Bevölkerung 18.5 Prozent dieses Alter erreicht haben.

Die soziodemographische Gruppe, dessen Interessen ursprünglich vom Ständerat geschützt werden sollten – die Katholiken – war zwar 1848 die Minderheit im Bundesstaat, heute ist sie jedoch die grösste konfessionelle

Gruppe in der Schweiz. Im Ständerat sind Katholiken allerdings noch immer übervertreten und machen mehr als die Hälfte der Mitglieder aus. Auch in anderen Aspekten, wie zum Beispiel dem Beruf (übermässig viele Menschen mit hohem Bildungsabschluss), der Sprache (Übervertretung der Deutschschweiz) und der geographischen Lage (unverhältnismässig viele Repräsentant*innen aus kleinen und mittleren Kantonen), repräsentiert der Ständerat keinesfalls die Zusammensetzung der Schweizer Bevölkerung. Dies ist demokratiepolitisch eher fragwürdig, da der Ständerat als zweite Kammer genau gleich viel Macht hat, wie der Nationalrat und wegen seiner höheren Effizienz und damit verbundenen häufigen Rolle als Erstrat, mehr Einfluss auf laufende Geschäfte hat. Das führt dazu, dass ein zentraler Akteur im Schweizer Staat, die Wirklichkeit in der Bevölkerung bei weitem nicht abdeckt.

Dazu kommt, dass der Ständerat seine Funktion der Interessenwahrung von bestimmten Akteuren und Gruppen namentlich der Kantone und der Minderheiten nur noch mangelhaft ausübt. Wissenschaftliche Studien zeigen auf, dass die Interessen der Kantone und kulturelle Minderheitenanliegen im Ständerat nicht häufiger diskutiert werden als im Nationalrat. Das ist gelinde gesagt eine Frechheit! Aus all diesen Gründen ist es angebracht, den Ständerat nach über 170 Jahren zu reformieren.

Mögliche Ideen für eine Reform sind die Abschaffung des Ständerates, die Abschwächung seiner Macht oder die Einführung des Proporz auch bei Ständeratswahlen. Eine konstruktivere Idee ist die Umwandlung des Ständerats in eine Art Zukunftsrat (auch Minderheitenrat oder Klimarat). Solch ein Rat hätte die Funktion die Interessen der zukünftigen Generationen und von Minderheiten in die Gesetzgebungsdebatte hineinzubringen. Die Mitglieder eines solchen Rats könnten zum Zweck von ausgewogener Repräsentation mithilfe eines gewichteten Losverfahrens bestimmt werden. Eine andere Möglichkeit wäre spezifische Wahlen für jeden Sitz durchzuführen, bei denen nur Menschen mit bestimmten Merkmalen antreten und wählen dürfen. Mit solch einer Reform könnten die Repräsentationsdefizite des Ständerats behoben werden und der Ständerat könnte endlich von einem konservativen zu einem zukunftsgerichteten Rat umgewandelt werden.

Als Inspiration hat folgende Quelle gedient: Vatter, Adrian. (2020). Reformansätze unter der Lupe: Modelle für die Reform des Ständerats. In Der Ständerat. Die Zweite Kammer der Schweiz, herausgegeben von Sean Müller und Adrian Vatter. Zürich: NZZ Libro, Reihe „Politik und Gesellschaft in der Schweiz“.

Beharrliche Rollen

von Nora Joos

In meinem Freund*innenkreis mache ich immer wieder ähnliche Beobachtungen. In heterosexuellen Liebesbeziehungen sind es vorwiegend weiblich sozialisierte Personen, die emotionale und Beziehungsarbeit leisten.



Ich beobachte, wie Frauen hauptsächlich Konflikte ansprechen, Unsicherheiten, Ängste und Emotionen ausdrücken, Fragen stellen und nachhacken. Eine starke Geschlechterkomponente in der Verhaltensweise zeigt sich auch darin, wer z.B. wen unterstützt präzisiere Wörter zu finden als «gut» oder «müde» um die eigenen Gefühle auszudrücken. Diese Geschlechterdynamiken bemerke ich nicht nur in hetero Paarbeziehungen, auch wenn sie sich dort für mich am offensichtlichsten herauskristallisieren, sondern auch in den dutzenden anderen Beziehungsformen, die mich umgeben: von den Mitbewohnenden über Familienkonstellationen zu Lohnarbeits-Kolleg*innen.

Vermeehrt wird in Beziehungen über Kommunikation gesprochen: was, wie, wann, wie ausführlich mitgeteilt werden soll. Das empfinde ich als wichtig. Noch hilfreicher für mich ist jedoch das klare Ausdrücken von sich verändernden unterschiedlichen Bedürfnissen nach Nähe und Distanz, das radikale Einfordern eines fähigen Gegenübers, der Beziehungsarbeit leistet, und den Mut sich verletzlich zu zeigen, um beharrliche Rollen herauszufordern.

Ich fühle mich in keiner Position wohl. Weder in der Nähebedürftigen (gesellschaftlich weiblichen assoziiert) noch in der distanzsuchenden Rolle (männlich assoziiert). Ich möchte eine radikale Annahme des Andersseins wie Johanna Montanari es beschreibt und das Verletzlichkeit nicht durch Distanziertheit verdeckt wird. Ich schliesse mich allen an die für weniger Angst vor der eigenen Verletzlichkeit plädieren. So schreibt Bini Adamczak, eine Revolution müsste solidarische Beziehungen nicht nur als Mittel zum Zweck sondern als Ziel haben. Dafür braucht es den Mut zur Verletzlichkeit aller und ein radikal anders wahrnehmen aller von allen immer wieder neu.

Unter solidarischen Beziehungen verstehe ich, dass alle Menschen Aspekte, die Beziehungen betreffen thematisieren. Dass die eigenen Emotionen verstanden und der/n anderen Person.en verständlich erläutert werden. Das setzt voraus, dass alle Menschen sich nach den Gefühlen ihrer Mitmenschen erkunden und einen empathischen Umgang miteinander pflegen.

Ein Text inspiriert von Ulla Wittenzellner, Johanna Montanari, Bini Adamezak, U'n'S und Liz Dean.

Mental Load (psychische Belastung/ Überbelastung): ist eine Kombination aus emotionaler und kognitiver Arbeit. Es beinhaltet die Gefühle von sich selbst und anderen in verschiedenen Kontexten zu managen: sie vorausszusehen, darüber nachzudenken, zu reagieren und sich darum kümmern. Es beinhaltet, das Sicherstellen, dass alle emotional und physisch versorgt sind. Drei Charakteristiken sind erwähnenswert. Erstens, Mental Load ist nicht sichtbar. Es handelt sich um interne Arbeit, welche heutzutage unbezahlt geleistet und unterbewertet wird. Zweitens, Mental Load ist grenzenlos. Die Arbeit kann mitgenommen werden in die Freizeit, in den Schlaf und in die Lohnarbeit. Drittens, Mental Load hat kein Ende und ist andauernd. Es handelt sich um das Kümmern geliebter Menschen, welches immer wieder neu benötigt wird. Um alle Geschlechterungleichheiten zu bekämpfen und starre Rollenbilder auszuhebeln ist es wichtig Mental Load zu benennen und im Alltag sichtbar zu machen.



We are not safe

von Livia Calabretti

Manchmal ist es einfach sich sicher zu fühlen.

Manchmal wirkt es so, als würde die Welt uns liebhaben und so akzeptieren, wie wir sind.

Mir ist aber klar, dass es für mich einfach ist so zu denken, weil ich mich in LGBTQ+ freundlichen Räumen bewege, ob das nun offline oder online ist. Denn sobald ich mich aus diesen Bubbles herausbewege, fliegen mir Schlagzeilen, wie zum Beispiel: «Trans Mann Malte (25) verstirbt nach brutaler Attacke – Verdächtiger gefasst» oder «Giorgia Meloni: Italiens Wahl-Favoritin spricht sich gegen die Adoption durch homosexuelle Paare aus», um den Kopf. Queere Menschen sind eben doch nicht sicher. Hatecrimes auf Queer- und Transpersonen sowie allgemein queer- und transphobe Ideologien nehmen in letzter Zeit zu. Solche Schlagzeilen schmerzen und machen mir Angst. Es ist schwierig in Worte zu fassen, wie sich das anfühlt, wenn dir bewusst wird, dass deine bloße Existenz so grosse und gefährliche Gefühle in einer anderen Person auslösen kann.

Deshalb möchte ich dir, liebe*r Leser*in, gerne einen Ausschnitt aus einem Text von Alok (they / them) zeigen. Alok veröffentlicht nämlich Bücher, Poesie und tritt als Public Speaker auf. Deshalb findet Alok viel bessere Worte als ich, um zu beschreiben, wie es sich anfühlt als queere Person auf dieser Welt zu leben.

The Camera Cannot Walk Us Home (Alok, 2021)

[...] The presumption is that because I have transgressed society's gender norms, no other boundaries apply to me. I am not a person who is capable of hearing them, or being hurt, I am a thing. I am denied my own existence, I belong irrevocably to theirs. (How desperately I hunger to be permitted into the land of "is", not banished to the realm of "does"). In their imagination: My mini skirt is seen as something that solicits, not something that simply is. They are threatened because even though I am saying nothing I am apparently saying that I am a subject worthy of desire. This contradicts their grammar: To them I am object, worthy of disgust. In order to re-consolidate their worldview they must disparage me. They are not just laughing at me, they are laughing for themselves. To convince themselves that they are men. (It strikes me then that the goal is less my empowerment, more the demolition of their imagination). I need something more ambitious than representation. You see photos of people like me, but do you ever think to ask what our lives are like outside the camera? The camera exposes, it does not defend. The camera cannot walk us home. It feels like increasingly gender non-conforming life is being defined by the camera. The lens becomes the only place I'm allowed to be. [...]



Mehr zu Alok findest du auf dem Instagram Account [@alokvmenon](#) oder auf der Website:
<https://www.alokvmenon.com/about>.

Strom, Strom, Strom.

von Oscar Hughes

Um eine Aussicht auf Netto-Null-Treibhausgasemissionen innerhalb der nächsten Jahrzehnte zu haben, ist eines unverzichtbar: mehr Strom (trotz aller Sparbemühungen).

Denn obwohl wir unser Land gerne als ökologischen Vorreiter ohne fossile Kraftwerke ansehen, wird nur 26 % der Energie in der Schweiz überhaupt als Strom verbraucht. Circa 60 % des Energieverbrauchs geht dahingegen auf die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas zur direkten Erzeugung von Kraft und Wärme zurück, zum Beispiel in der Industrie oder beim motorisierten Individualverkehr. Es gibt reichlich Ansätze, um diese Sektoren ökologischer zu gestalten, die aber meist auf einer Umstellung auf elektrisch betriebene Technologien beruhen. Dieselautos und Benziner werden zum Beispiel durch Elektroautos ersetzt, fossile Heizungen in den Wohnungen durch Solar- oder Windenergie. Damit verbunden ist natürlich ein Anstieg des Stromverbrauchs. Und dafür muss mehr Strom generiert werden.

Falls wir nicht entsprechend mehr Strom produzieren können, muss entweder der Gesamtenergiekonsum sehr stark gedrosselt werden, was angesichts der leider geringen politischen Akzeptanz des Themas Verzicht als Ansatz nur bedingt aussichtsreich ist, oder mehr Strom muss aus den Nachbarländern importiert werden, wo die Stromerzeugung allgemein weniger klimafreundlich ist als in der Schweiz.

Oder es wird einfach nicht genug Energie für diese Vorhaben geben und wir müssen unsere Klimaziele aufgeben - oder wir könnten sogar gleich auf neue Gas- und Ölkraftwerke setzen, wie der Bundesrat Ende September mit der Ausrufung einer drohenden Strommangellage entschieden hat, um den Bau eines gas- und ölbetriebenen Reservekraftwerks in Birr (Aargau) zu ermöglichen. So erreichen wir die Klimaziele aber keineswegs.

Daher braucht es dringend einen Ausbau der erneuerbaren Energien. Ein wichtiger Beitrag dazu wäre eine Solarpflicht auf Dächern und Fassaden, wie von den Grünen Kanton Bern gefordert wird.

Aber angesichts der besonders herausfordernden Lage dürfen wir andere Optionen nicht vom Tisch wischen. Insbesondere hat die Wasserkraft als Stromerzeugungsquelle noch etwas Luft nach oben. Dieses Potenzial sollte unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Natur ausgenutzt werden.

Deshalb begrüsst nach gründlicher Erwägung die Jungen Grünen Kanton Bern den Ausbau der Wasserkraft im Berner Oberland in ihrer Vernehmlassungsantwort grundsätzlich. Auf nationaler Ebene hat der «Runde Tisch Wasserkraft» 33 Projekte untersucht und die 15 meistversprechenden identifiziert, d.h. diejenigen mit den ge-

ringsten Auswirkungen auf Biodiversität und Landschaft. Drei davon befinden sich im Kanton Bern und betreffen die Seen Grimsel, Trift und Oberaar. Das Vorhaben Trift unterscheidet sich von den zwei anderen, indem ein ganz neuer Stausee gebaut wird (samt neuem Kraftwerk, Tunnels für den Wasserabfluss und Zufahrtsstollen für die Wartung im Winter). Bei den Vorhaben Grimsel und Oberaar handelt es sich lediglich um eine Staumauererhöhung, wodurch der bestehende See tiefer und breiter wird.

Alle Vorhaben ermöglichen mit dem Ausbau der Stauwasserkapazitäten eine Verlagerung der Energieproduktion vom Sommer in den Winter. Dies ist besonders wertvoll, da der Strombedarf im Winter wesentlich höher ist und andere erneuerbare Energiequellen (z.B. Solar) im Winter weniger Energie erzeugen.

Zum neuen Stauseeprojekt Trift gehört auch ebenfalls ein neues Kraftwerk, das zusätzliche Energie generieren wird.

Jede Form der Energiegewinnung hat aber im unterschiedlichen Ausmass Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Wasserkraftprojekte stellen einen Eingriff in die Natur da, die zu Widerstand innerhalb der Umweltbewegung und zur Gründung des Lokalkomitees ‚Rettet die Trift‘ geführt hat. Zum Bau des Stausees Trift wird ein ganzes Talbecken überflutet. Der Ausbau des Grimselsees bedeutet die Flutung des Gletschervorfelds, eines Teils des Arvenwalds und der Flachmoore in einem Naturschutzgebiet.

Die Jungen Grünen Kanton Bern sind der Meinung, dass solche Eingriffe nur angesichts der Dringlichkeit der Lage gerechtfertigt sind und fordern, dass als Ausgleichmassnahme Gebiete von vergleichbarem ökologischen Wert vor zukünftigen Eingriffen geschützt werden.

Ausserdem könnten Lebewesen wie die Bachforelle durch eine Reduktion der Durchflussmengen unterhalb der Stauseen gefährdet werden. Daher fordern wir ein ständiges Monitoring der ökologischen Situation und Gegenmassnahmen im Falle einer Gefährdung von Lebewesen.

Umweltverantwortung jetzt!

von Carlo Schmid

Die Umweltverantwortungsinitiative fordert, was selbstverständlich sein sollte: Dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen so nutzen, dass sie allen heutigen und zukünftigen Generationen ein würdiges Leben ermöglichen. Nun befindet sich die Unterschriftensammlung im Endspurt - und jede Unterschrift zählt!

Unser heutiges kapitalistisches Wirtschaftssystem hat zu einer Reihe von Umweltkrisen geführt. Diesen Sommer etwa haben Hitzewellen und Dürren rund um den Globus gezeigt, dass die Klimakrise längst Realität ist.

Diese Umweltkrisen sind gleich mehrfach ungerecht: Einerseits betreffen deren Auswirkungen, wie beispielsweise Ernteausfälle, überdurchschnittlich ärmere Bevölkerungsschichten und ärmere Länder. Es ist die Logik des Marktes: Wenn etwa aufgrund von Nahrungsmittelknappheit die Lebensmittelpreise steigen, betrifft dies zuallererst und am stärksten diejenigen, die sowieso schon ums Überleben kämpfen. Andererseits wurden ebenjene Krisen hauptsächlich durch die Reichsten und wenige Konzerne verursacht. So verantworten beispielsweise hundert Konzerne mehr als siebzig Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen. Wir müssen unser Wirtschaftssystem also grundsätzlich überdenken und umgestalten!

Die Forderung der Umweltverantwortungsinitiative besteht aus zwei Teilen: Einerseits soll die Schweiz nicht mehr natürliche Ressourcen nutzen, als sich wieder erneuern können. Quantifiziert wird dies über das Konzept der planetaren Grenzen, welches aus den Umweltwissenschaften stammt und für verschiedene Umweltbereiche (wie z.B. Klimaerwärmung, Biodiversitätsverlust und Wasserverbrauch) einen Grenzwert definiert. Diese planetaren Grenzen sollen zehn Jahre nach Annahme der Initiative nicht mehr überschritten werden dürfen. Die konkreten Massnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden in der Initiative absichtlich nicht definiert, denn die Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Juni 2021 hat uns gelehrt, dass wir uns nicht in Diskussionen über einzelne Massnahmen verzetteln dürfen, sondern einen ganzheitlichen Ansatz brauchen. Es ist jedoch klar, dass es mutige Investitionen in unsere Zukunft braucht, um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen: Umweltschonende Technologien wie die erneuerbaren Energien müssen rasch ausgebaut, und auch die Verkehrs- und Ernährungswende endlich vorangetrieben werden. Technologien werden uns aber nicht retten - es sind grundlegende Änderungen unseres Wirtschaftssystems notwendig. Ein Ansatz dazu ist eine Arbeitszeitreduktion.

Andererseits fordert die Initiative, dass alle zur Zielerreichung ergriffenen Massnahmen sozialverträglich umgesetzt werden müssen, und zwar sowohl im In- als auch im Ausland. Im Inland bedeutet dies, dass ein würdiges und umweltfreundliches Leben für alle erschwinglich sein soll und die Verursacher*innen der Umweltkrisen für deren Bekämpfung bezahlen müssen. International muss die Schweiz ihre Verantwortung als Land, das massiv vom umweltzerstörerischen Wirtschaftssystem profitiert (hat), übernehmen. Wir müssen ärmere Länder finanziell bei der Bewältigung der Folgen der Umweltkrisen und bei der Umstellung auf umweltschonende Produktion unterstützen.



Bildunterschrift: Aktion zur Lancierung der Umweltverantwortungsinitiative

Jetzt unterschreiben!

Es wird knapp! Etwas über 90'000 Unterschriften sind gesammelt, knapp 30'000 braucht es noch bis am 18. November. Damit wir es jetzt noch schaffen, brauchen wir dringend noch Unterstützung. Nimm den mitgeschickten Unterschriftenbogen oder drucke weitere aus unter umweltverantwortung.ch und lasse Freund*innen, Nachbar*innen und Familie unterschreiben. Oder komm mit uns auf die Strasse: Die Daten werden an der JA!-Sitzung und im JA!-Chat kommuniziert.

Mehr Informationen zur Initiative und Unterschriftenbogen zum Ausdrucken: umweltverantwortung.ch

Interessiert? Komm vorbei!

Wir treffen uns alle zwei Wochen im JA!-Seki oder online. Unsere nächsten Sitzungen findet statt am:

- 17. Oktober, 19 Uhr
- 31. Oktober, 19 Uhr
- ...

JA!genda

- | | |
|-------------|-------------------------|
| 17. Oktober | Begleitgruppe Stadtrat |
| 19. Oktober | MV Junge Grüne Kt. Bern |
| 9. Dezember | Weihnachtessen |



Impressum

Der JA!rgon erscheint 4x jährlich.

Junge Alternative JA!
Breitenrainstrasse 59
Postfach
3001 Bern

www.jungealternative.ch
CH11 0839 0036 4086 1000 5

Redaktion: Anna Jegher, Nora Joos,
Livia Calabretti

Layout: Fabienne Engler